

Kammer: Ostbelgische Abgeordnete Katrin Jadin stimmte trotz Bauschmerzen mit Ja

„Der Fiskalpakt alleine reicht nicht aus“



Von Christian Schmitz

Die Kammer hat am Donnerstag dem Europäischen Fiskalpakt zugestimmt. Das Vertragswerk sieht nationale Schuldenbremsen und Sanktionen für Haushaltssünder vor. Auf diese Weise - so hoffen die Befürworter - soll verlorenes Vertrauen der Finanzmärkte zurückerobert werden. Die Gegner argumentieren, die vertraglich festgelegte Sparpolitik mache die Regierungen handlungsunfähig und zerstöre die Errungenschaften des Sozialstaates. Der Fiskalpakt ist mit dem Rettungsschirm ESM (Europäischer Stabilitätsmechanismus) verknüpft. ESM-Hilfen erhalten also nur die Euro-Länder, die auch den neuen Fiskalpakt unterzeichnet haben. In der Kammer in Brüssel stimmten 111 Abgeordnete für den Vertrag, 23 votierten mit Nein.

Kammer, Senat und das flämische Parlament haben dem Fiskalpakt inzwischen zugestimmt.

Die ostbelgische Kammerabgeordnete Katrin Jadin (PFF/MR) stimmte mit Ja. Auch wenn der Text in ihren Augen nicht perfekt sei und sicher nicht die budgetären Probleme der EU-Währungsunion lösen könne, „hätte die Nicht-Ratifizierung negative Konsequenzen für unser Land“, so Jadin gegenüber dem GrenzEcho.

Ihre MR-Fraktion habe sich dafür ausgesprochen, da die Ratifizierung weiterhin für eine gesunde und wirtschaftlich ertragbare Finanzdisziplin spreche. „Es bleibt wichtig, dass der Finanzhaushalt des Staates wieder ins Gleichgewicht gebracht wird. Auf diese Anstrengung zu verzichten, würde bedeuten, dass die Nachfolgenerationen kaum noch neue Spielräume zu Gestaltungspolitik bekommen könnten“, so Jadin.

Die Regeln zur Haushaltsdisziplin beständen schon seit der Einführung der Einheitswährung. „Und diesbezüglich weist der Fiskalpakt auch nichts Neues auf. Das Problem ist, dass in manchen Fällen, diese Regeln nicht respektiert wurden und kleine Anstrengungen nicht rechtzeitig unternommen wurden, sodass sie mittlerweile brutal durchgeführt werden und schlimme Konsequenzen, sowohl auf sozialer, wie wirtschaftlicher Ebene mit sich bringen.“ Vor diesem Hintergrund könne sie die Ängste vieler Mitbürger vor einschneidenden Sparmaßnahmen verstehen. „Die Haushaltsdisziplin und der damit verbundene Sparkurs alleine werden auch keine Lösung sein, und der Fiskalpakt wird bei Weitem nicht ausreichen, um zukünftige Probleme in der EU-Währungsunion auszumerzen.“ Die MR fordere deshalb, dass der Fiskalpakt von Maßnahmen begleitet wird, die ebenfalls europaweite Mechanismen

der Bankenkontrolle einführen, „und dass endlich an konkreten und mutigen Maßnahmen für die Ankurbelung der wesentlichen und nachhaltigen Wirtschaftszweige Europas gedacht wird“.

Einzig und alleine die Kombination dieser drei Zutaten würden es Belgien und Europa morgen ermöglichen, das allgemeine Wohlstandsgefälle zu verringern. Sie werde, so kündigte Jadin an, auch weiterhin diese Forderungen mittragen und regelmäßig an deren Umsetzung erinnern. „Selbst wenn mir dieser Pakt mitunter Bauchschmerzen bereitet, da er unser Land um einen nicht irrelevanten Teil seiner Souveränität beraubt, werde ich ihn mittragen.“ Eine Nicht-Ratifizierung würde für Belgien im Falle einer schweren Krise bedeuten, keine ESM-Hilfen in Anspruch nehmen zu können. Im Übrigen müssen hierzulande nicht nur Kammer und Senat, sondern auch alle Parlamente der Teilstaaten dem Fiskalpakt zustimmen. Senat, flämisches Parlament und nun auch die Kammer stimmten bereits dafür. Die Abstimmungen im wallonischen Regionalparlament, im Parlament der Brüsseler Hauptstadtregion, im Parlament der Französischen Gemeinschaft und im Parlament der DG (PDG) stehen noch aus.